

Prof. Dr. Rolf G. Heinze
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM



Netzwerke und Interessengruppen: Treiber oder Bremser für eine präventive Strukturpolitik?

**Tagung an der ev. Akademie Loccum zum Thema
„Präventive Strukturpolitik“**

6./7. Oktober 2020

**Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft | Ruhr-Universität Bochum (RUB)
Wissenschaftlicher Direktor | Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und
Regionalentwicklung an der RUB**

- „Innovationen fallen nicht wie Manna vom Himmel“ (Abelshauser). In der Innovationsforschung herrscht Konsens, dass es nicht isolierte Schlüsselakteure sind, die kurzfristig in Regionen neuen Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen können, sondern vielmehr die **Verknüpfung** von Akteuren in Wissensnetzen wichtig ist.
- Man sollte dabei die Gegenüberstellung von Industrie und Dienstleistungen überwinden. Es ist uninteressant, ob neue Tätigkeiten statistisch dem Industrie- oder Dienstleistungssektor zugeordnet werden. Zu welchem Sektor z.B. Volkswagen Infotainment mit den (jetzt bereits) 700 MA in Bochum gehört, ist nebensächlich. Wichtig ist, dass sich kreative und gut geführte Unternehmen in Kooperation mit Wissenschaftseinrichtungen ansiedeln oder sich weiter entwickeln.
- Verschiedene Regionen bemühen sich darum, **Wissensregion** zu werden und d.h. nicht allein sich auf Industrie 4.0 zu konzentrieren, sondern systemische Verknüpfungen in Zukunftsfeldern wie der Mobilität, der Logistik, der Energie, der Gesundheit etc. Nachhaltige Produktentwicklungen entstehen an **Schnittstellen** verschiedener Kompetenzfelder.

- Vor dem Hintergrund tiefgreifender Wandlungsprozesse (Digitalisierung, Demographie, Energieeffizienz, Mobilität etc.) sind einerseits radikale Innovationen gefordert, andererseits ist in verschiedenen Regionen und Zeiten ein „Festhalten an verkrusteten Strukturen und Prozessen“ zu konstatieren. Der „Erfolg in einer Technologiegeneration ist aber kein Garant für Erfolg in der nächsten Wettbewerbsrunde“ (Harhoff 2018/Vors. Innovationskommission der BR) – die Orientierung an etablierten Strukturen und Kulturen kann den Wandel erschweren. Dies bedeutet auch, dass bspw. starke regionale Akteure wie Gewerkschaften im Ruhrgebiet sich hinsichtlich Innovationen schwer tun können, weil sie zunächst an die Absicherung der Beschäftigten orientiert sind (Beispiel Opel).
- Eine Transformation hin zu einer Wissensregion gelingt heute aber nur, wenn **Grundlagenforschung** und schneller **Technologietransfer** zusammen kommen. Dafür müssen die Wissenschaftseinrichtungen sensibilisiert und geöffnet sowie Start-Ups, Belegschaften und Unternehmen gezielt einbezogen werden (etwa in **Lernfabriken**). Über die Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen können die derzeit Beschäftigten für die Zukunftsaufgaben weitergebildet werden als auch der Übergang der Studierenden in die betriebliche Praxis vorbereitet werden.

- In den letzten Jahren ist insbesondere angesichts der weltweiten Expansion der Internetwirtschaft deutlich geworden, dass erfolgreiche Wirtschaftsregionen nicht primär durch politische Vorgaben gesteuert werden. Erfolgreich sind sie durch gemeinsame Strategien (Innovationsverbünde) von Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.
- Gefordert ist die Symbiose von transdisziplinärer Wissenschaft mit unternehmerischer Intelligenz und gut qualifizierten Belegschaften, wozu die „Spürnase“ gehört, welche Produkte gesellschaftlich relevant sind und vermarktet werden können. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, bilden sich regionale Kompetenzzentren.
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind inzwischen eine Grundbedingung für eine präventive Strukturpolitik, allerdings sind sie autonome Organisationen mit spezifischen Kulturen und müssen deshalb sensibel in Netzwerke einbezogen werden.
- Interessengruppen wie Gewerkschaften haben bei der Bewältigung von Strukturkrisen eine zentrale Rolle gespielt, sind jedoch in Innovationsnetzwerken nur in einigen Feldern und Orten Treiber. Sie sind eben primär „Schutz- und Verteidigungsorganisationen“ (Müller-Jentsch 2011, 196) der Arbeitnehmer.

- Netzwerke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft waren primär auf Großunternehmen (mit starken Gewerkschaften/Betriebsräten) beschränkt, wobei das Ruhrgebiet als Laboratorium für Mitbestimmung bezeichnet wurde und der Strukturwandel kooperativ gestaltet wurde. Allerdings haben die Gewerkschaften nicht nur in dieser Region an Strahlkraft erheblich verloren.
- „Im Vergleich zu einem der letzten montanmitbestimmten Unternehmen in Bochum – ThyssenKrupp – mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 98,3 % liegt der Organisationsgrad bei VW Infotainment bei 1,7% und im Wissenschaftsbereich zwischen 1,1% bis 2% gewerkschaftlicher Mitgliedschaft. Die strukturelle und organisationale Macht der Arbeitnehmervertretungen und ihre Verbindungen zu Partnerorganisationen in der Politik sind bislang vergleichsweise gering ausgebildet. Deshalb bedarf es für die Beteiligung am dynamischen Strukturwandel in Richtung einer wissensbasierten Wirtschaft über die traditionellen Institutionen der Arbeitsbeziehungen in Betrieb und Gewerkschaft hinaus der Erschließung neuer Bündnispartner aus der städtischen Zivilgesellschaft, die sich gemeinsam für die Gestaltung eines sozial-ökologisch und sozial-gerechten ökonomischen Wandels sowie schließlich für einen lebenswerten, bunten und weltoffenen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bochum engagieren“ (Wannöffel 2020).

- Die Wissensinfrastruktur ist in vielen Regionen inzwischen weitgehend vorhanden und auch spezifische Kompetenzfelder haben sich herauskristallisiert. Allerdings ist die Vernetzung bspw. zwischen Wissenschaft und Unternehmen sowie die Gründungsdynamik noch nicht hinreichend entwickelt. Es fehlt, zugespitzt formuliert, am strategischen Management des Wissens, um die regionalen Wissensströme zu intensivieren, Synergieeffekte zu nutzen und damit zukunftsfähigen Feldern neues Profil zu geben.
- Wenn nicht mehr darauf vertraut werden kann, dass im großen Umfang von außen Neuansiedlungen die beschäftigungspolitischen Probleme lösen werden, müssen aber die synergetischen Potenziale der Wirtschaft und der Wissenschaft noch intensiver mobilisiert und in Kompetenzprojekte umgesetzt werden. Dies erfordert die Mitwirkung aller wichtigen Akteure vor Ort, ist aber nicht selbstverständlich, was viele empirische Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen. Zukunftsweisende Projekte werden oft „kleingeredet“, manchmal fehlen die notwendigen Ressourcen oder einzelne Akteursgruppen können oder wollen nicht in innovative Arrangements integriert werden.

- Internationale Vergleiche zeigen, dass eine engere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft einerseits den Anwendungsbezug der Forschung und andererseits den wirtschaftlichen Erfolg erhöht.
- Die durch Digitalisierung geprägten Produktionsbedingungen und die Fachkräftedefizite führten deshalb in den Unternehmen zu einem neuen Blick auf die Hochschulen, was in der wachsenden Zahl von Kooperationen ablesbar ist.
- Zukünftige Leitmärkte (Energie, Gesundheit, Wohnen, Mobilität etc.) erfordern generell **intersektorale Vernetzungen**, die regional zumeist neu aufgebaut werden müssen.
- Damit kann auch der Gefahr einer regionalen Abschottung der in den letzten Jahren vermehrt gegründeten Cluster begegnet werden („De-Lock“ statt „Lock-In“). Die gezielte Förderung bestimmter Branchen/Leitmärkte (Clusterpolitik) birgt sowohl die Gefahr in sich, aufs „falsche Pferd“ zu setzen als auch Anschubfinanzierungen zu verlängern, während andere infrastrukturelle Maßnahmen (etwa Hochschulen) höhere Multiplikatoreffekte haben.

- Um die Wirkungen einer regional ausgerichteten präventiven Strukturpolitik zu erhöhen, werden **neue Allianzen** benötigt.
- Bestehende Vernetzungen müssen immer wieder überprüft werden, ob sie noch zukunftsfähig sind und ob nicht zu viele Bremser präsent sind. Wichtig ist die Identifizierung von **Treibern** und ein kluges Standortmanagement, das auch neue Akteure integriert. Nur so können regionale Standortvorteile ausgebaut und z.B. im Wettbewerb um Förderressourcen genutzt werden. Ansonsten setzen sich altbekannte einzelorganisatorische Logiken durch („Kirchturmspolitik“), auch wenn symbolisch an Regional-Governance-Strategien festgehalten wird.
- Hierfür werden Scharnierorganisationen und -persönlichkeiten benötigt, die Vertrauen in den jeweiligen Systemen aufgebaut haben. Dazu gehört auch eine professionelle Schnittstellensteuerung (durchaus kontextabhängig und experimentell angelegt: „tentative governance“).

- Die Organisation von Kooperationen sollte nicht an Verwaltungsgrenzen halt machen. Bei allen berechtigten und verständlichen lokalen und lokal verankerten Interessen ist eine stärkere regionale Abstimmung in vielen Fällen wünschenswert. Hilfreich hierfür wäre eine intensivierete Abstimmung strukturpolitischer Programme über Ressortgrenzen hinweg (**Cross-Cluster-Strategien**). Moderne Regionalförderung muss der gestiegenen Komplexität in Wirtschaft und Gesellschaft insofern Rechnung tragen, als dass sie neue Wege entwickelt, um ebenenübergreifend und interdisziplinär aktiv zu sein. (Beispiele können die „Regionalen“ in NRW bieten).
- Vor dem Hintergrund der Digitalisierung bekommen Bildung und Qualifizierung sowie angewandte Forschung einen noch höheren Stellenwert und müssen ausgebaut und mit der Praxis vernetzt werden. Gefordert sind dafür Treiber, die als „Spinne“ in den Wissensnetzwerken wirken. Es reicht nicht, runde Tische oder Cluster zu bilden, gefragt ist eine **aktive Prozesssteuerung**, damit aus „runden Tischen“ nicht „lange Bänke“ werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

Prof. Dr. Rolf G. Heinze

Ruhr-Universität Bochum/InWIS

 0234/32-22981

 Rolf.Heinze@rub.de

<http://www.sowi.rub.de/heinze>